(Schneider-Bremen I, 118). Die Staatsregie des Unterrichts greift sonach die gottgebene Verfassung der Kirche an und verwehrt den Oberhirten der Gläubigen selbst das Recht der Beschwerde.

Bei den Beratungen über das Schulaufsichtsgesetz hat Fürst Bismarck geltend gemacht, daß die geistlichen Inspectoren in den theilweise von Polen bewohnten Gegenden „die deutsche Sprache nicht zu ihrem gesetzlichen Rechte kommen lassen, sondern dahin wirken, daß die deutsche Sprache vernachlässigt und nicht gelehrt werde“ (Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses 1871 bis 1872, 701). Man wird es deshalb wohl verstehen, weshalb die Regierung in Oppeln am 20. September 1872 folgende Verfügung erlassen hat: „Die deutsche Sprachbildung in solchen Schulen, in welchen die Schuljugend ausschließlich oder vorwiegend eine andere als die deutsche Sprache redet, hat nicht dasjenige Maß fördernder Pflege erfahren, welches für ausreichend erachtet werden könnte, um diese Jugend zur erfolgreichen Theilnahme an den Segnungen der deutschen Bildung zu befähigen. Es ist deshalb und aus höheren staatlichen Rücksichten erforderlich, durch anderweite Maßnahmen Fürsorge für eine erfolgreichere Pflege der deutschen Sprachbildung der nicht deutsch redenden Schuljugend zu treffen. Wir verordnen daher zur Nachachtung und Ausführung in sämmtlichen öffentlichen und privaten Elementarschulen: 1. Der Religionsunterricht wird auf der Unterstufe (1. u. 2. Schuljahr) in der Muttersprache erteilt. Für den religiösen Memorirstoff wird die deutsche Sprache von Anfang an zu Hilfe genommen. Auf der Mittelstufe vollzieht sich dieser Unterricht in der deutschen Sprache, wobei die Muttersprache zu Hilfe genommen werden darf, jedoch nur insoweit, als die zur Vermittlung des Verständnisses notwendig ist. 2. Das Lesen und Schreiben wird von der Unterstufe an ausschließlich in der deutschen Sprache gelernt und geübt. 3. Auch der Anschauungsunterricht wird von Anfang an zur planmäßigen Einführung in die deutsche Sprache benutzt. 4. Dem Gesang wird der Text in deutscher Sprache untergelegt. 5. Der Unterricht im Rechnen, in der Vaterlands- und Naturkunde wird mit ausschließlicher Anwendung der deutschen Sprache erteilt. Alle entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben, und es wird ausdrücklich angeordnet, daß die deutsche Sprache fortan nicht sowohl nur Unterrichtsgegenstand als vielmehr obligatorisches Unterrichtsmittel in allen Unterrichtsgegenständen sein soll. Nur der Religionsunterricht auf der Unterstufe hat sich in Schulen mit nicht deutsch redender Jugend in der Muttersprache der Kinder zu vollziehen, mit der Maßgabe, daß der Memorirstoff den Kindern, soweit thunlich, in deutscher Sprache einzuprägen ist“ (Schneider-Bremen III, 480 f.). Man muß diese Verordnung wiederholt durchlesen, um an ein solches Maß von Unnatur, Gewaltthätigkeit und pädagogischem Unverstand, wie

diese Verordnung auf Seiten der Staatsregie bekundet, glauben zu können. In dem Begleitersatz von demselben Datum scharft die Regierung aber noch besonders ein, daß nur deutsche Lehrmittel, „also deutsche Wand- und Handbübeln, deutsche Lesebücher, deutsche biblische Historienbücher“ gebraucht werden dürfen — für die „ausschließlich oder vorwiegend nicht deutsch redende Jugend“. Weiter heißt es: „In vielen Fällen wird eine Entscheidung darüber erforderlich werden können, ob eine Schule als rein deutsche anzusehen und in Folge dessen auch der Religionsunterricht auf der Unterstufe ausschließlich in deutscher Sprache zu erteilen ist, selbst wenn eine Anzahl nicht deutsch redender Kinder dieser Schule angehören. Diese Fälle sind einzeln und unter Nachweis der Sprachverhältnisse zu unserer Entscheidung zu bringen. Doch setzen wir schon gegenwärtig fest, daß Schulen, in welchen 25 Procent der Schulkinder der deutschen Nationalität angehören, in der Regel als rein deutsche anzusehen und zu behandeln sind. Wir wollen deshalb den Anträgen (der Kreis- und Schulinspectoren) auf Erklärung einzelner Schulen als rein deutsche binnen sechs Wochen entgegensehen. Wo die gesammten Verhältnisse es erfordern oder gestatten, werden wir auch solche Schulen für rein deutsche zu erklären in der Lage sein, selbst wenn der oben genannte Procentfuß nicht ganz erreicht sein sollte. Schulen, welche schon jetzt rein deutsch sind oder künftig von uns dafür erklärt werden, behalten ihren rein deutschen Charakter, selbst wenn die Procentfüße nochmals eine Veränderung erfahren sollten“ (Schneider-Bremen III, 481 f.). Die Staatsregie kann also selbst das Unmögliche leisten: sie kann den Theil zum Ganzen machen. Wenn neben 60 litauischen oder polnischen Kindern 20 oder auch nur 15 deutsche Kinder sind, so ist die ganze Schule durch Nachspruch der Schulverwaltung eine „rein deutsche“, und die polnischen Kinder müssen schon im ersten Schuljahre den Religionsunterricht in der ihnen noch fremden deutschen Sprache empfangen. Schließlich werden die Kreis- und Local-Schulinspectoren zur Erklärung darüber aufgefordert, ob sie „rückhaltlos und gewissenhaft“ bereit seien, den [angeführten] staatlichen Anforderungen „im ganzen Umfange zu entsprechen“. Diejenigen Inspectoren, welche gewissenhaft genug waren, um sich nicht als Werkzeuge einer unsittlichen und grausamen Germanisirungsfucht brauchen zu lassen, wurden nicht nur von der Schulinspection, sondern auch von der Leitung und Ertheilung des schulpflichtmäßigen Religionsunterrichts ausgeschlossen.

Ueberhaupt sind, wie Geh. Rath Stauder als Commissar der Regierung bei den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses am 23. und 24. Januar 1878 angegeben hat, bis dahin 2468 Geistliche von der Ertheilung des schulpflichtmäßigen Religionsunterrichts und 1806 Geistliche von der Leitung des vom Lehrer erteilten Religionsunterrichts ausgeschlossen worden. Minister